

Erscheint
an allen Wochentagen.

Bezugspreis monatlich 3,50
bei der Geschäftsstelle 3,50
in den Abgabestellen 3,70
durch Zeitungsboten 3,80
durch die Post 3,50
auschl. Postgebühren.
ins Ausland 6 Goldmark bei
täglicher Verendung und 5
Goldmark bei 2 mal wöchent-
licher Verendung.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postfachkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezugs-
nehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Postfachkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Zeitungs- (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im (Anzeigenteil 15 Groschen,
in der Millimeterzeile im (Anzeigenteil 45 Groschen).

Sonderpreis 50%, mehr. Reklamezeitung (90 mm breit) 135 gr.



Eine slawische Bauern- internationale?

Von Friedrich Hiertl.

Ein Vorkämpfer der slawischen Bauernbewegung und zugleich der bedeutendste Fädenpinner einer slawischen Bauerninternationale ist Stefan Raditsch. Der gleiche Raditsch, der vor einigen Jahren als politischer Flüchtling in London, Paris, Berlin und Wien für den Gedanken einer unabhängigen kroatischen Republik eintrat, der, um den Belgrader Machthabern einen Schreck in die Glieder zu jagen, nach Moskau reiste und seine kroatische Bauernpartei der roten Bauerninternationale als künftiges Mitglied offerierte. Der gleiche Raditsch, der, heimgekehrt und als Hochverräter verhaftet, aus dem Staatsgefängnis heraus sich mit dem serbischen Ministerpräsidenten einigte und die Linie zu einer serbo-kroatischen Ausgleichs- und Einigungspolitik fand. Einer Sache, die von einem so geschickten Propagandisten und hemmungslosen Politiker wie Raditsch vertreten wird, darf man von vornherein nicht gleichgültig gegenüberstehen, wenn man nicht später große Überraschungen erleben will.

Im Osten und Südosten Europa hat sich gegenüber der Vorkriegszeit vieles geändert. Man braucht nicht nur an Rußland zu denken, das eine gänzlich neue Staatsverfassung sich geschaffen hat. Man blide nur auf die Polen, Tschechen, Südslaven, Rumänen, auf alle zum eigenen bzw. vergrößerten Staat gekommenen Völker. Ihnen allen ist Westeuropa nicht mehr das leuchtende Vorbild wie einst, nicht mehr die unbedingte kulturelle Autorität. Sie haben so viel Zivilisation und Technik erlernt, um sich nach der eigenen Art irgen d wie einrichten und selbst weiter helfen zu können. Ihr Selbstbewußtsein ist gestiegen, sie sind aktivistischer geworden. Es gibt keinen wirklichen Nationalstaat im nahen Osten und Südosten, aber die Staatsvölker drücken mit leidenschaftlicher Wucht auf die fremden Minderheiten, auch wenn sie, wie in Wien, 40 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Friedensverträge haben ihnen Gebiete mit gemischter Bevölkerung gegeben, um Deutschland und Österreich-Ungarn zu schwächen; die kleinen Ost- und Südostvölker durften die übernommenen Minderheiten unbehindert vergewaltigen, wiewohl ihre eigene Kultur tief unter der der Minderheiten stand, wenigstens da, wo es sich um deutsche Minderheiten handelte. Die Folge davon ist, daß ihre Begehrlichkeit, die dem erpanzten slawischen Wesen entspricht, immer mehr gewachsen ist. Die Polen (s. Westmarkenverein) nationalisieren in der ehemals deutschen Ostmark, in Wilna, in Weißrußland und in der ruthenischen Ukraine; die Tschechen nationalisieren im deutschen Sudetenland und in der Slowakei, die Südslaven nationalisieren in der Balkan- und im Banat, in Slawonien und Kroatien, in Südsteiermark und in der Gottschee. Und obwohl sie rücksichtslos gegen die Fremden verfahren, nehmen sie sich doch ihrer eigenen Volksgenossen in den Nachbarländern mit allem Eifer an. Eine slawische Gemeinschaft tritt da überall und immer deutlicher zutage: die Südslaven schwärmen in gleicher Weise wie die Tschechen für den „Korridor“, der beide Staaten miteinander verbinden soll; tschechische Solos besuchen kroatische Feste, südslawische Studentkommissionen besuchen Warschau. Ist es unnatürlich, wenn angesichts der Bemühungen, die slawischen Völker einander näher zu bringen, auch der slawische Bauer nicht sich überstaatisch verbindet, um im gegebenen Falle seine besonderen Interessen blockweise zu vertreten?

Raditsch — man muß wieder auf ihn zurückkommen — hat Paris, Zürich und London kennen gelernt wie andere Menschheitskämpfer auch. Er kam in die Zirkel und Kreise, in denen blutleere Theorien und blutige Pläne wachsen und gedeihen. Die Luft der politischen und revolutionären Emigration umwehte auch ihn. Er hat etwas vom Pazifisten und Sozialisten an sich, und er läßt es dem unteren Volke merken. Er ist ein Kämpfer gegen die „Herrischen“. Das Wort kommt in jeder seiner Flugchriften, in jeder seiner Reden vor. Er fühlt sich als Bauern- und Kleinbürgerführer, aber er ist kein Marxist. Der Bauer hat das Land, der kleine Bürger hat sein Handwerk, sie sollen es beide behalten. Die Großländereien aber sollen aufgeteilt werden unter dem „bäuerlichen Volk“. Die Agrarreform, das wiederkehrende „Halljahr“, können das bringen, es bedarf keines Umsturzes. Die kroatischen Bauern jubeln Raditsch zu. Die landlosen Proleten, dort immer noch mehr als in Westeuropa mit dem Lande verbunden, huldigen diesem Wollen. Stambulinski in Bulgarien, dessen Bauernanhang agrarkommunistische Züge trug, wurde von Zankows Liberalismus besiegt. Raditsch hat Moskau und dem Kommunismus abgefunden, er hat seinen Frieden mit dem serbischen König und dem alten Ministerpräsidenten Pasitsch gemacht, um mit seiner Agitation für die Bauernbewegung, für die „bäuerliche Demokratie“ nach Serbien vordringen zu können, wo er gestern noch als der kroatische Feind und Verderber erschien. Bei der Tausendjahrfeier in Agram sprach man König Alexander als den Bauernkönig an, der König mußte zu dieser Raditsch-Dialektik freundliche Miene machen.

Die Agrarreform beschlossen.

Die Abstimmung. — Eine stürmische Sitzung. — Sejmferien.

Die gestrige Sejm-Sitzung war fast ausschließlich der Abstimmung über das Agrarreformgesetz gewidmet. Die Mehrzahl der Senatsverbesserungen wurden angenommen. Stellenweise kam es zu Zusammenstößen mit den Gegnern. Die Abstimmung erfolgte dadurch ohne Unterbrechung. Den Vorsitz führte Wigamarschall Delski. Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung fragte der Abg. Prager von der Sozialistenpartei, weshalb das Gesetz über die Erhebung von Steuern in Produkten, obwohl es so dringend sei, bisher noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Der Vorsitzende erklärte, daß der Referent dieses Gesetzes, Geißl. Chaciński, jetzt erst zur Verfertigung bereit sei.

Nachdem die Novelle zum Gesetz über die obligatorische Bodenimpfung vom Sejm in dritter Lesung angenommen war, schritt man zur Abstimmung über die Senatsverbesserungen zum Agrarreformgesetz.

Der Abg. Ballin stellte den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung zu streichen. Dagegen erklärte sich der Abg. Sanojca, indem er bemerkte, daß sein Klub (Poln. Volkspartei) wegen der scharfen Obstruktion gegen das Gesetz den Regierungsparteien die Möglichkeit gegeben habe, die Verantwortung für die Nichtausführung des Gesetzes auf andere zu wälzen. Die Vermeidung dieses Spiels zu beschleunigen, indem der Kampf für ein neues Gesetz sofort aufgenommen, das mit den Grundrissen der Agrarreform, mit dem Stande der Finanzen und der Zahlungsfähigkeit der polnischen Bevölkerung in Einklang steht. Der Antrag des Abg. Ballin wurde abgelehnt. In Artikel 26 des Gesetzes wurde eine Verbesserung über die Sicherung der Gläubigeransprüche von Institutionen für langfristigen Kredit angenommen. Zu § 27 lehnte der Sejm die Verbesserung, nach der Bauren, Goldbesitzer, Gewässer und Industriewerte sowie Bodenmeliorationen nach ihrem wirklichen Werte besonders geschätzt werden sollten, ab.

Zu Artikel 31 gelangte in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 94 Stimmen die Senatsverbesserung zur Annahme, die das Verhältnis der Auszahlung in bar zur Rentenanzahlung nach der Fläche normiert. Nach Annahme dieser Verbesserung ließ sich ein Pultbedeckungszert besonders auf den Bänken der „Wyzwolenie“ vernehmen. Das Konzert, das mit Gesang verbunden war, führte jedoch, wie der „Kurjer“ meldet, die weitere Erledigung der Vorlage nicht. Bei der Abstimmung über eine Senatsverbesserung zu Art. 33 entstand ein Zusammenstoß. Der Sejm hatte beschlossen, daß die aufgeteilten Flächen vor allem zur Ergänzung der kleinen Wirtschaften benachbarter Dörfer verwendet werden sollten. Der Senat schlug vor, die Worte: „benachbarten Dörfer“ zu streichen. Da eine qualifizierte Mehrheit für die Ablehnung fehlte, wurde die Verbesserung mit gewöhnlicher Mehrheit angenommen. Sofort begann wieder das Pultbedeckkonzert. Die „Wyzwolenie“ sowie die Weißrussen und Ukrainer verließen den Saal. Bei Artikel 51 wurde eine Senatsverbesserung abgelehnt, nach der vom Erwerb von Pargellungsflächen diejenigen ausgeschlossen wären, die unter Vergewaltigung des Rechts eigenwillig fremdes Land in Besitz nahmen.

Den Abgeordneten, die den Sitzungssaal verließen, schlossen sich Abgeordnete der Sozialistenpartei an. Die weitere Abstimmung ging im Sinne der Kommissionsanträge vor, so daß das ganze Gesetz erledigt wurde. Nachdem unter verschiedenen Anträgen ein solcher der Regierungsparteien über die Einberufung einer außerordentlichen Sejmkommission für Angelegenheiten der Sparanleihe und der Verwaltung in erster Lesung an die betreffende Kommission verwiesen worden war, wurde die Sitzung geschlossen. Auf heute nachmittag ist eine weitere Sejm-Sitzung anberaumt. Falls die Tagesordnung nicht erschöpft werden sollte, wird der Sejm morgen noch einmal zusammenkommen und dann seine zweiwöchigen Ferien antreten.

Vom Ministerrat.

Die gestrige außerordentliche Sitzung des Ministerrates war dem Projekte zu der Novelle für das Gesetz über die Verzugsstrafen gewidmet. Der Artikel 1 des Gesetzes lautet: „Der Ministerrat ist nach den Wirtschaftsbedingungen befugt, für eine genau bestimmte Zeit die Verzugsstrafen auf Grund des Gesetzes vom 31. Juli 1924 für Rückstände in den einzelnen direkten Steuern, mit Ausnahme der Vermögenssteuer, zu erhöhen.“ Artikel 2 und 3 sind formeller Natur. In der Begründung heißt

es: Die vorgesehenen Verzugsstrafen entsprechen nicht mehr den gegenwärtigen Wirtschaftsbedingungen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt, daß die Vorschriften über die Verzugsstrafen mehrfachen Änderungen unterliegen, wodurch eine beträchtliche Verspätung in der Anwendung derselben verursacht worden ist, die in kritischen Momenten höchst unwillkommen sein kann. Um daher dem Gesetz über die Verzugsstrafen eine gewisse Elastizität zu geben, um andererseits aber den Ministerrat in der Bekämpfung des bösen Willens von Steuerzahlern, die sich im Augenblick von Salutaschwankungen der Steuerentrichtung entziehen, mit den nötigen Mitteln auszustatten, wird vorliegendes Gesetz eingebracht, das den Ministerrat zur Erhebung der Strafen, je nach den Wirtschaftsbedingungen ermächtigt. Der Entwurf betrifft nicht die Vermögenssteuer, und zwar des besonderen Charakters wegen.“

Der Premier teilte den Mitgliedern des Ministerrates seine Beobachtungen und Eindrücke vom Arbeitsmarkt mit. Es scheint, daß in der bisherigen Arbeitslosenliste bestimmte Änderungen eintreten werden. Das Projekt der Übertragung eines Teils des Fonds auf die Mobilisierung von öffentlichen Arbeiten fand volle Unterstützung.

Graf Strzyński wieder in Warschau.

Ministerpräsident Strzyński ist gestern von seiner Weihnachtsreise, die er nach den Industriezentren unternommen hat, nach Warschau zurückgekehrt. Gleich nach seiner Rückkehr fand eine Sitzung des Ministerrates statt, in der außer dem Entwurf über die Verzugsstrafen die Arbeitslosigkeit in Polen besprochen wurde.

Notopfer.

In Lemberg hat eine Volksversammlung stattgefunden, in der der Bojemode Garapich und einige Sejmabgeordnete zugegen waren. Es wurde eine Resolution über die Aufnahme einer inneren Anleihe zur Aufrechterhaltung des Notkurses angenommen. Die Versammlung beschloß, daß die Bürger Gold, Schmuck und fremde Werten für den Darlehnsfonds der Bank Polska opfern sollen, die den Fonds zur Stabilisierung des Notkurses verwenden will. Es wurde eine Propagandakommission für die ganze Lemberger Bojemowschenschaft eingesetzt. Das Komitee soll mit anderen Städten Polens jeneds Erweiterung der Aktion auf das ganze Land führung nehmen.

Begeisterte Kommentare.

Dem „Kurjer Pognanski“ wird aus Warschau gemeldet: „Angesichts der erwarteten Ernennung des Abgeordneten Stanislaw Kozicki zum polnischen Gesandten in Rom kommentiert die italienische Presse sehr wohlwollend diese Nachricht im Zusammenhang mit der bisherigen polnischen und publizistischen Tätigkeit des neuen Vertreters Polens. Das Blatt „Italia“ bemerkt, daß die Ernennung des Abgeordneten Kozicki beweise, welche Bedeutung die polnische Regierung der Gesandtschaft beim Quirinal beimesse. Die Nachricht von der Ernennung habe in italienischen politischen Kreisen den besten Eindruck gemacht. Die „Dea Nazionale“ sagt, daß der Abgeordnete Kozicki ein begeisterter Freund Italiens und Anhänger des italienischen Fasismus sei.“

Prof. Kemmerer unterwegs.

Die polnische Regierung hat, wie der „Kurjer Pozn.“ meldet, ein Abkommen mit dem amerikanischen Bankentrust abgeschlossen, der eine aus zehn Personen zusammengesetzte Delegation nach Polen schickt, die die Wirtschaftslage Polens prüfen soll. Die polnische Regierung hat eine Anleihe von 100 Millionen mit einer Laufzeit von 20 oder 25 Jahren in Vorschlag gebracht. Der amerikanische Bankentrust finanziert große Zuckerraffinerien, Metallfabriken, Eisenbahnen usw.

Der Finanzsachverständige für Polen, Prof. Kemmerer, ist gestern aus London in Paris eingetroffen. In den nächsten Tagen setzt er seine Reise nach Polen fort. Die Delegation des Bankentrusts soll in den Tagen vom 6. zum 8. Januar in Warschau ankommen. Die Nachricht vom Beginn der Verhandlungen des Bankentrusts mit der polnischen Regierung wird in Finanzkreisen Europas lebhaft erörtert.

Und schon rührt sich auch in Serbien, das den Radikalen Pasitsch immunisiert erschien!

Raditsch ist Pazifist in der slawischen Art. Er glaubt, wie viele Balkanpolitiker, daß die Grenzen, die bei der Völkervermischung und Völkerverwischung im Osten und Südosten immer ungerecht sein werden, im Laufe der Zeit weise los werden. Wesenlos werden, weil sie auf die Dauer für kein Volk erträglich sind, weil sie die Wirtschaft hemmen, weil die slawischen Brüder völker einst zusammenkommen müssen. Raditsch spricht nicht darüber, aber es mag ihm die slawische Bauernbrücke von Agram nach Odessa und Moskau vorschweben, wie anderen Südslaven die politische Brücke von Laibach nach Preßburg im Geiste erscheint. Er will, daß in dem neuen Europa von morgen die slawische Bauernschaft ein Faktor von überstaatlicher Bedeutung ist, und er versucht diese slawische Bauerninternationale zu organisieren.

Gewiß, die Westslaven, die Slowenen, Tschechen und Polen, sind nicht rein bäuerlich, Slowenen, Tschechen und Polen haben ihre Industrie, ihren Kapitalismus, ihr Proletariat, ihren Klassenkampf. Aber die Bauernschaft ist in allen diesen Ländern dennoch eine Macht, und sie soll zur Geltung kommen. Deshalb werden Fäden gesponnen.

Der Vizepräsident der kroatischen Raditschpartei nahm unlängst an der 25. Jahresfeier der tschechoslowakischen Bauernpartei teil. In seiner Begleitung befanden sich noch mehrere Agrarabgeordnete. Auch die polnischen Bauernparteien waren vertreten. Bei dieser Feier gab der tschechische Führer Schwehla seiner Meinung Ausdruck,

daß es nun möglich sein wird, sämtliche Bauernparteien der slawischen Länder zu einer Zusammenarbeit zu vereinigen. Das südslawische Volk, das zum Großteil auf der bauernpolitischen Organisation fußt, solle seine Mitwirkung an dem internationalen Verband der Bauernpartei zusagen.

Eine Entwicklung wie die ange deutete, die Schaffung einer über die staatlichen Grenzen hinweggehenden slawischen Bauerngemeinschaft, soll weiteren deutschen Besitz vernichten, soll neue Breschen in die ohnehin splittrige Front deutschen Grenzgebietes im Osten und Südosten schlagen. Raditsch und andere um ihn mögen Pazifisten sein. Was will das besagen? War nicht Gustave Hervé in Paris, der seit 1914 Deutschland in Clemenceau-Weise bekämpft, der jede Scheuchlichkeit empfiehlt, um das deutsche Volk vernichtend zu treffen, einst Vorkämpfer des internationalen sozialistischen Syndikalismus und des Antimilitarismus? Ist die slawische Bauernorganisation erst da, dann geht auch raditschianischen Pazifisten das slawische Interesse vor allem anderen. Und Schmeßla in Prag, von dem vorhin die Rede war, ist kein Sozialist, sondern ein bekannter Deutschfeind.

Aber was können wir tun? Wenig und doch viel. Wir können die slawische Bauernbewegung nicht aufhalten und wollen das auch nicht. Aber wir können das Deutschtum in den Einigungsbestrebungen unterstützen. Einigkeit und Zusammenschluß ist das Gebot der Stunde. Wer die Stunde der Einigkeitsbestrebung verpaßt, der wird der Besiegte sein, über den die Welt zur Tagesordnung übergeht.

Welche Aufwerlungsansprüche müssen in Deutschland bis zum 31. Dezember 1925 (einschließlich) angemeldet sein?

Von Rechtsanwalt Mühling in Jarocin.

I. Gewisse Aufwerlungsansprüche müssen nach deutschem Recht innerhalb einer bestimmten Frist bei der deutschen Aufwerlungsstelle angemeldet sein. Wichtige Endtermine dieser Frist sind der 1. Januar 1926, der 1. April 1926 und der 1. Januar 1927.

Bis zum 31. Dezember 1925 müssen alle diejenigen Hypothekengläubiger oder gewissen Hypothekengläubiger ihre Ansprüche anmelden, welche für ihre Hypothek abermalige Zahlung (Aufwertung) beanspruchen, gleichviel, ob die Lösungsquittung erteilt ist oder nicht und gleichviel, ob die Hypothek im Grundbuch für sie eingetragen ist oder nicht. Zu einem solchen Anspruch berechtigt sind:

1. Hypothekengläubiger, welchen in der Zeit vom 15. 6. 1922 bis zum 15. 7. 1925 die Hypothek zurückgezahlt worden ist, auch wenn sie sich eine Nachzahlung nicht vorbehalten haben;

2. Hypothekengläubiger, denen die Hypothek vor dem 15. 6. 1922 zurückgezahlt ist, soweit sie sich bei Annahme des Geldes Nachforderung vorbehalten haben.

Wer eine Hypothek abgetreten und dafür Geld empfangen hat, kann Nachzahlung fordern:

a) wenn er sich Nachforderung vorbehalten hat, oder b) wenn er das Geld erst in der Zeit vom 15. 1. 1922 bis zum 15. 7. 1925 — wenn auch ohne Vorbehalt — angenommen hat.

Er muß aber bis zum 31. Dezember 1925 diese Nachforderung bei der Aufwerlungsstelle (siehe unten) anmelden. Bis zum gleichen Zeitpunkt ist eine etwaige Anfechtung der nach Erlaß des Aufwertungsgesetzes zugunsten Dritter eingetragenen Hypotheken zu bewirken und der Antrag auf Verteilung inzwischen eingetragener störender Gesamthypotheken einzureichen.

Nachzahlung (Aufwertung) bezüglich getilgter oder teilweise getilgter oder abgetretener Hypotheken kann beansprucht werden, obwohl Lösungsquittung erteilt ist, obwohl die Hypothek gelöscht ist, obwohl nach dem 15. Juni 1922 ein gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich geschlossen ist oder obwohl eine gerichtliche Verteilung zur Lösung oder zur Bewilligung der Eintragung des neuen Gläubigers stattgefunden hat oder, obwohl die Aufwertungsgläubiger sich nicht mehr im Besitz des Hypothekenbriefes befindet. Wer Nachzahlung verlangt, unterlässe andererseits die Anmeldung etwa nicht deshalb, weil die Hypothek im Grundbuch noch auf seinen Namen eingetragen ist und er sich im Besitz des Hypothekenbriefes befindet.

II. Wo ist die Aufwertung zu beantragen? Antwort: Bei demjenigen deutschen Amtsgericht (Aufwerlungsstelle), in dessen Bezirk das mit der Hypothek belastete oder belastet gewesene Grundstück liegt. Dieses Gericht ist nach der Ansicht des Kammergerichts auch zuständig, wenn der Gläubiger sich nicht nur an das Grundstück (dingliche Recht), sondern gleichzeitig an den persönlichen Schuldner oder nur an diesen halten will. Hat dieser seinen Wohnsitz innerhalb des Deutschen Reiches und liegt das Grundstück außerhalb des Deutschen Reiches (z. B. im abgetretenen Gebiet), so ist die Anmeldung beim Amtsgericht des deutschen allgemeinen Gerichtsstandes des Schuldners und mangels eines solchen bei demjenigen deutschen Amtsgericht zu bewirken, in dessen Bezirk der Schuldner Vermögen besitzt (z. B. Grundstücke, Bankguthaben oder andere Forderungen). Im Zweifel ist Anmeldung bei mehreren Aufwerlungsstellen zu empfehlen. Die Anmeldung ist auf die Gefahr hin zu bewirken, daß die Aufwerlungsstelle die Anwendung deutschen Rechtes trotz § 2, Absatz 2 der deutschen Verordnung vom 21. Juli 1925 für unzulässig halten sollte.

III. Wie ist die Anmeldung zu gestalten? Antwort: Mittels Briefes an das Amtsgericht (Aufwerlungsstelle). Eine bestimmte Form oder eine Beglaubigung der Unterschrift ist nicht erforderlich. Vollmachten, Erbscheine, Hypothekenbriefe (Ausfuhrbewilligung erforderlich), Genehmigungserklärung des Eheannes und sonstige Urkunden können später eingereicht werden. Es genügt, wenn der Antragsteller in seinem Schreiben die Hypothek und das Grundstück mit der Grundbuchnummer oder sonst erkennbar bezeichnet und zum Ausdruck bringt, daß er Aufwertung beansprucht. Es empfiehlt sich, hinzuzufügen, daß er gleichzeitig die Aufwertung der persönlichen Forderung beansprucht, — ein Zusatz, dessen Sinn dem Laien häufig nicht verständlich ist, aber gleichwohl gemacht werden sollte. Die Anmeldung ist auch wirksam, wenn der Name des Grundstückseigentümers, des neuen Hypothekengläubigers oder des persönlichen Schuldners nicht, ungenau oder falsch wiedergegeben ist, oder wenn der Gläubiger die Angabe der Höhe der Nachforderung unterläßt.

Der Brief an die Aufwerlungsstelle ist wegen der kurzen Frist zweckmäßig zunächst als gewöhnlicher Brief abzusenden und gleichzeitig die Anmeldung in einem eingeschriebenen Briefe gleichen Inhalts zu wiederholen, damit der Nachweis der Absendung geführt werden kann. Der Nachweis der Ausfertigung des Briefes und

des Zeitpunktes der Ausfertigung an die Aufwerlungsstelle kann durch Nachschreiben geichert werden. Auch telegraphische Anmeldung (nicht mit Worten sparen!) ist zulässig. Nachschreibelegramme sind geboten, wenn dadurch die Schnelligkeit der Ausfertigung nicht leidet.

IV. Anmeldungen, die diesen geringen Anforderungen entsprechen und spätestens am 31. 12. 1925 bei der Aufwerlungsstelle eingegangen sind, reichen zwar zur Wahrung der Frist aus, werden aber zu zahlreichen Nachfragen der Aufwerlungsstelle führen. Es empfiehlt sich daher, alsbald der Anmeldung einen vervollständigten Antrag folgen zu lassen, insbesondere dann, wenn der Gläubiger mehr als 25 Prozent des Aufwertungsbetrages beansprucht oder Auszahlung vor dem 1. Januar 1926 oder Abzahlungen wünscht. Diese Vervollständigung muß bis Ende März 1926 erfolgt sein. Der 1. April 1926 ist der zweite gefährliche Endtermin im deutschen Aufwertungsgesetz.

V. Andere als die unter I bezeichneten Ansprüche können auch nach dem 1. Januar 1926 angemeldet werden. Wer ganz sicher gehen will, melde sie so rechtzeitig an, daß der Antrag vor dem 1. April 1926 bei der Aufwerlungsstelle eingeht. Dies gilt auch für den Schuldner, der den Wunsch hat, daß der Aufwertungsbetrag herabgesetzt werde.

VI. Nicht immer wird die Anmeldung die gewünschte Aufwertung bewirken. Immer aber macht die Veräumung einer Anmeldung den Aufwertungsantrag zunichte. Wer nicht ganz sicher ist, daß seine Anmeldung bei der Aufwerlungsstelle rechtzeitig eingeht, bediene sich der telegraphischen Anmeldung. Das an die Anmeldung sich anschließende Verfahren ist gesetzlich eingehend geregelt und erfordert eine sorgfältige Beteiligung der Parteien. Nach Abschluß des Verfahrens der Aufwerlungsstelle steht die Tätigkeit der Grundbuchämter auf Antrag der Beteiligten ein. Für diese Anträge sind Fragen nicht vorgeschrieben. Zur Sicherung des Ranges wieder einzutragender Hypotheken ist die Eintragung eines Widerpruchs im Grundbuch zu veranlassen. Es genügt ein Brief an die Aufwerlungsstelle oder das Grundbuchamt.

VII. Für die Grundschulden gelten die gleichen Vorschriften wie für das dingliche Recht der Hypothek. Mit dieser Maßgabe trifft das bezüglich der Hypothekengläubiger Gesagte auch auf Grundschuldgläubiger zu.

VIII. In deutschen Aufwerlungsrecht besteht ein Zwang zur Anmeldung in der Regel nur bezüglich derjenigen Aufwerlungsansprüche, die sich auf Rechte beziehen, welche aus dem Grundbuch ersichtlich sind oder waren. Ausnahmen bilden Ansprüche aus Industriebeteiligungen und verwandten Schuldverschreibungen, Sparkassenguthaben usw. Die Reichsregierung ist ermächtigt, auch für diese Ausnahmefälle zu bestimmen oder dies den Landesbehörden zu überlassen.

Republik Polen.

Ein neuer Direktor.

Der neue Direktor des Außenhandelsdepartements im Industrie- und Handelsministerium, Gliwicz, hat bereits seine Amtsgeschäfte übernommen. Der neue Departementschef soll die Leitung der von Polen geführten Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, Norwegen, Dänemark, der Tschechoslowakei, Österreich und Italien in seine Hand nehmen.

Personalwechsel.

In den nächsten Tagen werden verschiedene Veränderungen auf Auslandsposten eintreten. Der polnische Gesandte in Tokio, Batel, tritt in den Ruhestand. An seine Stelle kommt der bisherige polnische Gesandte beim Quirinal, Galecki, zu dessen Nachfolger der Abg. Stanislaw Rogicki ernannt werden wird.

Aufbau!

Wie die „Agencia Wschodnia“ aus Lodz meldet, hat die Vollziehung des Berufsverbandes der Textilarbeiter nach Erörterung der Industriestruktur beschlossen, bei der Regierung eine Aktion zur Inbetriebsetzung stehender Fabriken in die Wege zu leiten. Es sollen zu diesem Zweck alle möglichen Mittel angewandt werden. Man verlangt die Einführung der Zwangsverwaltung in denjenigen Industriebetrieben, die wegen Ablehnung der vorgeschlagenen Lohnreduktionen seitens der Arbeiter geschlossen wurden.

Ein Vorwurf.

Dem „Auslandswort Kurjer Godzienn“ wird aus Warschau gemeldet: „Das Innenministerium hat keine anderen Sorgen als sich jetzt mit der Sportbewegung in Polen zu befassen. Das Ministerium hat an die Woiwoden ein Rundschreiben gefandt, in dem Straßenläufe verboten werden.“

Schwarzasser?

Die Weichsel beginnt immer mehr zu steigen. Bei Jasionna ist gestern Eisbruch eingetreten. Dort hat sich ein Eisdammbildet.

Verhehlungen.

Wie die „Agencia Wschodnia“ aus Warschau meldet, sind im Lodzer Schulkratorium beträchtliche Verhehlungen zum Schaden des Staatsfiskus entdeckt worden. Sie sollen sich am Grund

falscher Berechnung der Lehrergehälter im ganzen Lodzer Bezirk ergeben haben.

Eifersucht.

Der Pfaffenklub hat beim Finanzminister eine Interpellation eingebracht über die Unterredung, die der Vizepräsident der Bank Polaki einem der Warschauer Blätter gewährte. In dieser Unterredung hatte Herr Wlodek bemerkt, daß er in einem ungünstigen Augenblick, nämlich zur Zeit des Rücktritts Grabstis, nach Amerika gekommen sei, und daß Grabstis in Amerika als ein Mann gegolten habe, der das Land vor der Inflation rettete.

Arbeitsloshilfe.

Das Bürgerkomitee für die Arbeitsloshilfe in Lodz hat beschlossen, die Frage der Erhöhung des Straßenbahntarifs zu prüfen. Die aus der Erhöhung erlangten Gelder sollen zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten dienen. Die Lodzer Straßenbahndirektion ist gegen die Erhöhung und begründet ihren Standpunkt damit, daß die Finanzkrise auf die Frequenz ungünstig eingewirkt hätte. Außerdem betrage der Fahrpreis in Lodz 18 Groschen. Man könne deshalb nur von einer Erhöhung von 2 Groschen sprechen.

Der Warschauer Magistrat hat in Verwendung der aus der Erhöhung des Straßenbahntarifs erlangten Mittel öffentliche Arbeiten in die Wege geleitet, für die er 1000 Arbeitslose verpflichtete. Nach Neujahr sollen weitere Arbeiten aufgenommen werden.

Schneesturm.

Die Gegend von Wilna, Grodno und Bida ist von einem großen Schneesturm heimgesucht worden. Der einige Stunden dauerte und sehr beträchtlichen Schaden angerichtet hat. Beträchtliche Pionierabteilungen und Telegraphenbeamte arbeiten an der Wiederherstellung des Verkehrs.

Der Völkerbund, die Türkei und Rußland.

Während die englische Regierung den russisch-türkischen Vertrag nach wie vor sehr gelassen beurteilt, ist man in Völkerbundskreisen etwas beunruhigt, denn man glaubt, daß der neue Vertrag den Eintritt der beiden Vertragsstaaten in den Völkerbund noch weiter erschweren könne. Obwohl vorläufig mit einem Eintritt Rußlands oder der Türkei in den Völkerbund gewiß nicht zu rechnen war, hatte man doch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß beide Staaten sich eines Tages eines besseren befinden würden. Wenn aber jetzt Rußland und die Türkei sich verpflichten, sich in keine militärischen und vor allem in keine wirtschaftlichen Maßnahmen gegeneinander verwickeln zu lassen, so ist diese Bestimmung mit aller Deutlichkeit gegen Artikel 16 der Völkerbundscharta gerichtet. „Manchester Guardian“ meint deshalb, wenn Rußland und die Türkei eines Tages in den Völkerbund eintreten sollten, so müsse dieser darauf sehen, daß der neue russisch-türkische Vertrag vorher wieder beseitigt werde. Von anderer Seite kann man hören, daß der russisch-türkische Vertrag gegen Artikel 16, an dem auch Deutschland Anstoß nahm, den aber auch einige der früheren Alliierten, zum Beispiel Belgien, nicht gern sehen, diesen Artikel noch unpopulärer machen und vielleicht die Möglichkeit seiner Revision vergrößern wird. Die Besorgnisse der Völkerbundskreise werden jedoch die Regierung nicht abhalten, möglichst rasch Versuche zu unternehmen, sich mit der Türkei zu verständigen. Hierzu dürfte auch die Regelung der diplomatischen Vertretung Englands in der Türkei gehören. England hat bis jetzt abgelehnt — und wie „Manchester Guardian“ glaubt: endgültig — seine Botschaft von Konstantinopel nach Angora zu verlegen, so daß England sich in Angora durch einen Agenten vertreten lassen mußte. Unbedingt erforderlich sei aber, schreibt das genannte Blatt, daß England einen Vertreter in Angora bestelle, der in enger Fühlung mit der dortigen Regierung stehe. Es frage sich jetzt, ob dieser englische Vertreter von der Botschaft in Konstantinopel oder von Whitehall unmittelbar nach Angora gesandt werden solle.

Der Papst an die Völker.

Noch ein katholischer Feiertag.

Rom, 28. Dezember. Der Papst erließ eine Enzyklika zur Ehre Christi als König der Menschheit. Er erwähnt die Völker und ihre Leiter, die Herrschaft Christi über die Menschheit anzuerkennen und in diesem Streben die gegenseitige Liebe und Achtung zu wahren. Zum Schluss heißt der Papst für den letzten Sonntag im Oktober eines jeden Jahres ein neues Fest, das Fest des Reiches Christi, ein. In diesem Jahre wird das Fest zum ersten Male am 31. Dezember gefeiert werden müssen. Am Schlusse der Enzyklika steht die feierliche Erklärung, daß der Papst als Oberhaupt der gesamten Christenheit die volle Freiheit genießt, die durch seinen weltlichen Staaten eine Einschränkung erfahren kann.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(58. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Wir müssen es durchkämpfen“, schrie er. „Hannah, Sie, ein junges Mädchen, und ich, der alte Knacker! Heidenberg darf nicht gestört werden. Wenn der erfährt, was jetzt hier vorgegangen ist, bringt er es fertig, alles stehen und liegen zu lassen, und kommt herüber. Und was dann? Dann — dann — — ach was — Sie müssen es wissen, Hannah — die Deutsche Bankgesellschaft braucht Geld, viel Geld! Heidenberg hat in seiner Rage den Bogen viel zu weit gespannt —!“

„Er wird ihn dennoch zwingen! Ich fürchte mich nicht, Herr Mollheim!“

„Er kommt gleich nach Gott — nicht wahr? Na schön, harren wir der Dinge, die da kommen sollen. Wenn nur — wenn nur —!“

Wieder griff plötzlich Sorge nach ihm, zog ihn den Mut von dem falkigen Gesicht —

„Fürchten Sie vielleicht Behrens oder Gehrte oder Herrn Abalescu?“

„Die — nein! Ich fürchte nur die Frau da, die soeben das Zimmer verlassen hat —“

Er zauderte einen Moment, dann aber sagte er ihr, was zu wissen ihr not tat.

„Ich weiß nicht, was die drüben eigentlich wollen. Aber Gott soll uns schützen, daß sie Gerda Heidenberg auf ihre Seite bringen. Wenn es dann zum Kampf um die Majorität bei uns kommt, haben wir die Schlacht von vornherein verloren.“

Er seufzte tief und ließ den Kopf hängen.

„Ich habe es Heidenberg immer gesagt, er solle da Ordnung schaffen. Wenn man mit seiner Frau auf einem Balkan lebt, so sichert man sich vor der Eruption. Gerade deshalb hat er nichts davon hören wollen. Sie wissen doch,

Kindchen, daß er ein armer Teufel war und daß ihm Gerda das Geschäft in die Ehe gebracht hat.“

„Ja, das weiß ich. Aber er hat aus diesem Geschäft die Deutsche Bankgesellschaft gemacht!“

„Stimmt. Aber nicht für sich. Was er persönlich heute an dem ganzen Krempel besitzt, sind höchstens zehn Prozent. Der größte Teil — vierzig Prozent — gehört seiner Frau. Verstehen Sie?“

Hannah verstand. Sie wurde bleich bis in die Lippen. Mollheim fuhr fort.

„Wenn also die drüben auf die Majorität losgehen — dann haben sie gewonnenes Spiel, wie Gerda Heidenberg mit Ihnen geht. Das ist es, Kindchen! Dann berufen sie, wenn es ihnen paßt, eine Generalversammlung ein und stimmen Herbert einfach in Grund und Boden!“

XXXVI.

Das Direktorium des Bankhauses Reinhold Gehrte und Kompagnie hielt eine Beratung ab.

„Treiben wir nicht die Papiere ein bisschen zu rasch in die Höhe?“ fragte Doktor Behrens.

Reinhold, der eben von der Börse zurückgekommen war, schüttelte den Kopf.

„Ich bin so vorsichtig wie nur möglich“, erwiderte er. „Sie wissen ja, wir lassen fast gar nichts am Berliner Platz laufen. Aber die Börse schwört seit neuester Zeit wieder nur auf Heidenberg. Sein Konzern — der amerikanische Kredit, der ihm so gut wie sicher sein soll —!“ Heute haben sie sich um Deutsche Bankgesellschaft geschlagen wie um Harpener oder Rhönig! Einmal sind sie bis auf hundertfünfundsiebzig hinaufgekommen! Ich habe dann abgegeben — da sind sie wieder auf hundert herunter!“

„Das war fein!“ lobte Abalescu.

Reinhold war über derlei Beifall bereits längst erhaben.

„Das hätte jeder andere auch getan. Sonst noch etwas, meine Herren? Ich muß um zwei zu Hille.“

Abalescu stieß ihn in die Seite.

„Gefährlich wartet wohl schon?“

Reinhold lächelte vielsagend.

„Tobiaschides Weib. Muß Sie aber einen Wagen Geld kosten?“ fragte der andere weiter.

„Bieber Freund, darüber spricht man nicht.“ belehrte ihn sein Kompanion.

Ein Diener trat ins Zimmer und überbrachte Behrens eine Karte.

„Die Dame wünscht Herrn Direktor zu sprechen.“

Behrens sah die Karte an und zog überrascht die dünnen Augenbrauen hoch.

Abalescu, der wild wurde, sobald es sich um Frauen handelte, hatte ihm schon über die Schulter geblickt und den Namen erhascht.

„Nanu —!“ rief er. „Frau Generaldirektor Heidenberg! Sie, Behrens, schauen Sie, daß Sie es möglich machen können, daß Sie mich ihr nachher vorstellen.“

„Wollen wohl Tröster spielen?“

„Frag' ich Sie, warum nicht?“

Behrens zuckte die Achseln und ging hinaus.

Gerda Heidenberg saß in dem eleganten Wartesalon und begrüßte ihn mit kühlem Kopfnicken. Daß er ihr die Hand reichen wollte, überließ sie.

„Ich nehme an, Herr Doktor“, begann sie ohne alle Umschweife, „daß Sie es sind, dem ich die gewissen Mitteilungen zu danken habe?“

Behrens verbeugte sich.

„Dürfte ich Sie bitten, diese jetzt zu vervollständigen?“

Sie hat nicht, sie befaßt. Ob er gerade Zeit hatte oder nicht, interessierte sie nicht. In Behrens stieg der Born auf.

Aber er wußte, daß er dieses arrogante Weib vielleicht eines Tages als Bundesgenossin brauchen würde —

Also erzählte er ihr alles. Geschicht, wie er war, rühte er die Geschehnisse in das ihm passende Licht, und ohne zu übertreiben, ohne auch nur ein unwahres Wort hinzuzufügen, machte er Hannah zu der skrupellosen Intrigantin, die gerade durch den Schein ihrer Unständigkeit und Unnahbarkeit Heidenberg in ihren Bann gebracht hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Kreistagswahlen.

Kreistagswahlen im Kreise Obornik. Am Sonntag, dem 3. Januar, wählt jeder Deutsche die Kompromissliste: 1. im Polizeidistrikt Obornik Nord: Liste 2, Sozial, Silberstein; 2. im Polizeidistrikt Obornik Süd: Liste 4, Lurao, Stanislaw; 3. im Polizeidistrikt Rogasen: Liste 2, Dachtwa, Stanislaw; 4. im Polizeidistrikt Polajewo: Liste 1, Josef Gawrych; 5. im Polizeidistrikt Murska: Liste 3, Kohnica, Kohnica; 6. im Polizeidistrikt Murska: Liste 3, Kohnica, Kohnica. Die Wahlberechtigung jedes Wahlberechtigten unbedingt erforderlich.

Ein Ergebnis.

Kolmar, 28. Dezember. Bei den Kreistagswahlen am 20. d. Mts. wurden im Landbezirk gewählt: 10 deutsche und 11 polnische Mitglieder, in den Städten 7 polnische und 1 deutsches Mitglied. Der neue Kreistag setzt sich also zusammen aus 11 deutschen und 18 polnischen Mitgliedern, bisher 5 deutschen und 25 polnischen Mitgliedern.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 29. Dezember.

Die Pünktlichkeit bei Gericht.

In Nr. 24 des „Diennit Urządów“ des Justizministeriums vom 15. d. Mts. wurde ein Rundschreiben des Justizministers betreffend die strikte Innehaltung der festgesetzten Stunden für die Gerichtsverhandlungen veröffentlicht. Im besonderen wird gefordert, daß nicht alle Sachen, die an einem Tage zur Verhandlung kommen sollen, auf dieselben Stunden angesetzt werden dürfen. Das Justizministerium hat in dem Bestreben, Klagen und Beschwerden über das Gerichtsweilen nicht zuzulassen, wiederholt die Notwendigkeit betont, daß die Stunden der Verhandlungen derart angesetzt werden müssen, daß die Parteien und die Zeugen nicht unnötig einem unangenehmen Zeitverlust ausgesetzt werden.

Dieses Rundschreiben ist eine Erinnerung an die bereits in den Jahren 1923/24 erlassenen Rundschreiben, und hat den Zweck, die Aufmerksamkeit der Herren Vorsitzenden darauf zu lenken, daß sie bei Gerichtsbesichtigungen feststellen, ob die erwähnten Mängel vorkommen, und sie im gegebenen Falle auf dem Wege der Dienstaufsicht entsprechende Anordnungen treffen.

Zur Warnung für Unternehmer.

Durch Urteil der 1. Strafkammer des Bezirksgerichts in Stargard vom 20. Dezember 1924, das inzwischen rechtskräftig geworden ist, wurde der Leiter einer Schneidemühle P. wegen Nichtführung von Schutzvorrichtungen, die zur Vermeidung von Unfällen der Beschäftigten notwendig und vorgeschrieben sind, zu 2 Monaten Gefängnis und zur Erstattung der Kosten verurteilt. Der Sache lag folgender Tatbestand zugrunde:

Am 21. Januar 1923 war der Arbeiter M. P. im Keller der Schneidemühle bei der Transmmission und den unteren Teilen des Gatters beschäftigt. Er hatte die Aufgabe, darauf zu achten, daß die Achsen geschmiert waren, sowie Sägespäne entfernt wurden. Bei dieser Arbeit wurde er durch die ohne Schutzvorrichtung befindliche Transmissionswelle erfasst und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das Gericht nahm für erwiesen an, daß der Angeklagte P. als Verwalter der Schneidemühle für den Unfall verantwortlich ist, weil er nicht dafür gesorgt hat, daß die im Interesse der Sicherheit der Arbeiter vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen im Betriebe, im vorliegenden Falle die Befestigung der Transmissionswelle, angebracht wurde, wodurch er sich einer Nachlässigkeit, die den Tod des Arbeiters zur Folge hatte, schuldig gemacht hat.

Möge dieses Urteil eine Warnung für die Inhaber und Leiter von industriellen Unternehmen sein. Die Behörden werden in Zukunft über genaue Innehaltung der Schutzvorschriften wachen und in jedem Falle eines Verstoßes gegen die zum Schutze von Gesundheit und Leben der Arbeiter erlassenen Bestimmungen den Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Der Schnee im Volksmund.

Auch über den Schnee sind in den alten Bauernregeln mancherlei Anmerkungen gemacht. So heißt es in einer alten, norddeutschen Bauernregel: „Fällt der erste Schnee in 'n Dred, wird der Winter ein Ged.“ In Süddeutschland lautet eine solche Regel: „Viel Schnee, viel Heu, aber wenig Obst dabei“, und im Osten Deutschlands wird gesagt: „Eine gute Decke von Schnee bringt das Winterhorn in die Höhe.“ Recht verschiedene Ausdrücke für den Schnee und für das Schneien hat auch die allgemeine Volkssprache. So gibt es Gegenden, in denen gesagt wird, es schneit Bettbezüge, in anderen heißt es, es schneit Bauernjungen oder Kujungen. In Schwaben wird die Schneeflocke Betteljung und Bettelkuck genannt. Wiederum in anderen Bezirken gehen beim Schneien Redensarten um, wie „die Müllerburgen klopfen ihre Jaden aus“, „die Müllerburgen schlagen sich“ oder auch „die Bäder schütteln die Mehljade aus“. Vielfach heißt es auch, „der Federack ist zerfallen“ oder „im Himmel werden die Betten geklopft“. „Frau Holle schüttelt die Betten aus“ ist in Norddeutschland viel gebräuchlich, und in der Umgegend des Schwarzwaldes sagt man: „die Waldweiber schütteln die Betten.“

Weihnachtsfeier

des Verbandes deutscher Katholiken Posen.

Der Verband deutscher Katholiken, Ortsgruppe Posen, veranstaltete am Sonntag, 20. d. Mts., abends 7 Uhr, im Evangelischen Vereinshaus eine Weihnachtsfeier mit einer Weihnachtsbescherung armer Kinder der Franziskanerkirchengemeinde. Schon lange vor Beginn der Feier war der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß viele Einlasssuchende betrübten Herzen umherschweifen mußten.

Der Kirchenchor der Franziskanerkirche leitete die Feier mit dem Weihnachtsliede: „Puer natus est nobis“ ein, das unter der bewährten Leitung seines Dirigenten stimmungsvoll zu Gehör gebracht wurde. Hieran schloß sich ein Vorspruch, dem die Festrede des Franziskanerpaters Venantius Kempf folgte. Dieser gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß so viele deutsche Katholiken der Einladung gefolgt seien, und dankte für die so zahlreich eingegangenen Gaben, die es ermöglichten, 25 armen Kindern und 40 der Hilfe bedürftigen Erwachsenen eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Der Festrede folgte ein Vorspruch und ein Theaterstück „Chre sei Gott“, ein Weihnachtsspiel für Mädchen in zwei Aufzügen von Josephine Schregerberger, das von Mitgliedern des Marienvereins gespielt wurde, den Darstellern alle Ehre machte und das allergrößte Lob verdient. An das Theaterstück schloß sich ein allerliebster Kinderreigen an, der so lebhaften Beifall fand, daß die Leiterin ihn zum zweiten Male vorführen mußte. Nunmehr folgte die Weihnachtsbescherung. 25 arme Kinder wurden mit Weihnachtsgaben, die ihnen die Liebe überaus geschenkt hatte, beschenkt. Da konnte man manches Ausruf im frohen Glanze leuchten sehen, als sie schwer beladen an den für sie im Nebenraum gedeckten Tisch eilten, um sich hier an Kaffee und Kuchen glücklich zu tun. Das Christkind hatte auch des hochberehrten Seelsorgers nicht vergessen und hatte ihm, sowie den

deutschen Domherren, die mit der Franziskanerkirchengemeinde aufs innigste verbunden sind, eine Weihnachtsgabe überreicht. Dann unterbrach eine Teepause die Darbietungen auf eine halbe Stunde. Hiernach erfreute der Sängerkhor die Zuhörer mit dem Weihnachtsliede „Geistliches Wiegenlied“. Sodann führten Mitglieder der „Lydia“ einen Reigen auf, dem ein Vorspruch vorausging, der den Zuhörern die Huldigung der Hirten und Weisen aus dem Morgenlande vor Augen stellte. Hieran folgte der Kirchenchor das „Wiegenlied in der Weihnacht“, an das sich das Lied „Stille Nacht, heilige Nacht“ anschloß. — Reicher Beifall lohnte alle, die zum Gelingen der so herrlichen Weihnachtsfeier Zeit, Mühe und Opfer nicht gescheut und dadurch den Teilnehmern einen so schönen Abend bereitet haben. Mit warmen Dankesworten des Vorsitzenden der Ortsgruppe Posen schloß die erhabende Feier gegen 11 Uhr abends.

Tragischer Tod eines jungen Ehepaares.

Unter in der letzten Ausgabe nach amtlichen Angaben veröffentlichter Bericht über die Kohlengasvergiftung im Kreise Schroda bedarf in verschiedenen Punkten der Berichtigung bzw. Ergänzung. Der tragische Vorgang hat sich auf der staatlichen Domäne Ruchowo (nicht Ruchow) zugegetragen. Betroffen wurden von der Kohlengasvergiftung der 28jährige Domänenbäcker J. Gomolewski und dessen 22jährige Gattin Annemarie geb. Kuhn. Die letztere war sofort tot, während der Ehemann zwar lebensfähig aber noch lebend dem Kreiskrankenhaus in Schroda zugeführt wurde, wo er dann ebenfalls im Laufe des Weihnachtsheiligenabends gestorben ist. Der entsetzliche Vorfall ist, wie bereits mitgeteilt, darauf zurückzuführen, daß ein heftiger Sturm die Kohlenkammer in die Zimmer getrieben hatte, die eine Vergiftung des erst seit 1½ Jahren glücklich verheirateten jungen Paares zur Folge hatte.

Die „Krotoch. Zg.“ veröffentlicht über den traurigen Vorfall noch folgende Einzelheiten:

Auf dem Grundstück des Herrn Gomolewski wurde am 23. Dezember das Schlafzimmer eingeheizt, da die Herrschaften den nächsten Morgen über Weihnachten nach Chwaliszew bei Kroschin fahren wollten, woher die junge Frau, eine geb. Kuhn, stammt. Als sich gegen 11 Uhr abends das Ehepaar zur Ruhe begab, wurde nichts Störendes wahrgenommen. Am nächsten Morgen wollte man die Scheune weiden, fand das Schlafzimmer hell erleuchtet, die junge Frau G. aber war bereits erstickt. Der noch schwache Lebensatem von sich gebende Herr G. wurde ins Krankenhaus in Schroda überführt, aber trotz Anwendung aller Rettungsmittel starb er unter den Händen der Ärzte. Dem Vernehmen nach sollen einige Kacheln am Schlafzimmerfenster schadhaft gewesen sein.

X Zur Bekämpfung der grundlosen Warenüberbeterung ist jetzt bei der Kriminalpolizei im Zimmer 41 eine besondere Abteilung zur Bearbeitung derartiger Übertretungen eingerichtet worden. Das Publikum wird gebeten, der Kriminalpolizei bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung der Überbeterung der Käufer durch Erstattung von Anzeigen bei unberechtigten Preissteigerungen behilflich zu sein. Sobald Grund für die Annahme grundloser Preissteigerung vorliegt, erfolgt strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen.

Die Waisenkinder des Hilfsvereins deutscher Frauen in Posen, die am 11. Januar im Evangelischen Vereinshaus (II. Stock), vorm. 8 Uhr beginnen sollen, finden wieder in der hiesigen Frauenwelt ein sehr reges Interesse, so daß sich der Verein entschlossen hat, noch weitere SchülerInnenplätze zu vergeben. Die Waisenkinder, die sich durch 8 Wochen hinziehen, werden wieder von Fräulein Stoehr geleitet und streben an, unsere jungen Mädchen und Frauen dahin anzuleiten, daß sie später für den Hausgebrauch alle Waschegegenstände selbst herstellen können, und verbindet damit gleichzeitig eine Anleitung in allen modernen Verzierungshandarbeiten. Die Stunden sind viermal wöchentlich vormittags von 8–11 Uhr. Das Stundengeld beträgt 40 Zł zuzüglich Heißgeld. Nähere Auskunft, auch über gute, preiswerte Pensionen für auswärtige Teilnehmerinnen, gibt das Büro Waly Lejczakowski 2 (fr. Kaiser-Ring), Zimmer 1. Interessentinnen werden gebeten, sich möglichst bald dorthin zu wenden, da die zur Verfügung stehenden Plätze immer sehr schnell vergriffen sind. Anmeldungen werden auch im Büro angenommen; es muß dabei eine Anzahlung von 10 Zł und 2 Zł Einschreibgebühr geleistet werden. Die Anzahlung wird, später bei dem Stundengeld mit verrechnet.

s. Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor kann infolge Krankheit am Neujahrstage nicht empfangen.

s. Im Posener Standesamt scheinen nach einem Artikel der „Pravda“ in Nr. 298 recht reformbedürftige Zustände zu herrschen. Der Artikel schließt mit einem Appell an den Stadtpfaffen und an den Wojewoden, „den Augustus mit eisernen Beinen auszulernen.“

W. Katol. Konfessionen, Aleje Marcinkowskiego 6, bei der Post, ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum. Die Firma, die sich ununterbrochen in einem Besitz befindet, ist treu ihrem Grundsatze geblieben: nur beste Ware bei guter Bedienung an ihre Kundenschaft abzugeben. Dadurch sichert sie sich ein weiteres Gelingen und Fortentwicken, das wir der verdienten Firma gern wünschen.

X Rino Apollo. Unter dem Titel „Die verlorene Welt“ stellt gegenwärtig im Apollo-Theater die Verfilmung eines Romans von Conan Doyle, die auf die Posener Filmfreunde geradezu faszinierend wirkt, wie der Massenandrang beweist, der nicht nur an den Feiertagen, sondern auch am gewöhnlichen Montage dort herrscht. Und in der Tat, der Film verdient die Anerkennung, die ihm zuteil wird. Repräsentiert er doch eine geradezu einzigartige Filmtechnik, wie wir sie seit dem Nibelungenfilm bei der Verfilmung des Drachens kennen lernten, durch die jetzt vorfindliche Tiere, die wir nur in unserer Phantasie aus den mäßigen Gerippen uns vorstellen konnten, Leben und Gestalt gewinnen. Und das alles durch eine vollendete Technik. Eine glückliche Umrahmung dieser ausgezeichnet dargestellten vorfindlichen Tierwelt bildet ein spannendes Liebesdrama, das sich in den 10 Akten abspielt.

X Ein interessanter Presseprozeß findet morgen, Mittwoch, vormittags 11 Uhr vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts statt, in dem sich die verantwortliche Redakteurin des hiesigen Organs des Verbandes der Post- u. Beamten wegen Verleumdung des Chefs der Oberpostdirektion zu verantworten haben wird.

X Feuer. Bei dem gestern bereits kurz erwähnten Feuer in der ehemals Milchischen Fabrik an der ul. Dabrowskiego 85 (fr. Große Berlinerstraße) handelt es sich um einen Brand in einer Tischlerei, der infolge eines schadhafte Schornsteins ausgebrochen war. Der Dachstuhl wurde schwer beschädigt. Die um 7½ Uhr morgens gerufene Feuerwehr konnte kurz vor 9 Uhr nach Bewältigung des Feuers wieder abrücken.

X Frevel. Im Garten des Grundstücks ul. Niegolemski 25 (fr. Augustastrasse) wurden von unbekannten Tätern 16 Stachelbeersträucher umgebrochen.

X Verkauften ist von einem aus P. in n. kommenden, mit Schweinen beladenen Wagen in der Nähe von Posen in der Nacht zu heute ein schweres Verbrechen im Werte von 300 Zł.

X Unfälle. Obwohl sich unsere Polizei die größte Mühe gibt, die Haushälter bzw. Wirte auffordert, bei eintretendem Frostwetter die Bürgersteige und Straßen zu bestreuen, werden doch die noch bestehenden Vorschriften zum Leidwesen vieler Bürger vielfach außer acht gelassen. Es wäre sehr an der Zeit, gegen dieses sichergehenlassen energig einzuschreiten; erforderlichenfalls durch Verhängen fähbarer Geldstrafen dieses Außerachtlassens zu bestrafen. Die verflochtenen Weihnachtsfeiertage brachten in dieser Hinsicht verschiedene Unfälle, so kam am Abend des ersten Feiertages eine Dame an der Ecke der ul. Kanakowa und Maleckiego (Ecke Kanal- und Brinzenstr.) zu Fall und brach den rechten Arm.



X Gestohlen wurden aus einer Wohnung an der Aleje Marcinkowskiego 6 (fr. Wilhelmstraße) ein silbernes Service für zwölf Personen, eine Federuhr und mehrere Herrenoberhemden im Werte von 1500 Zł.

X Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Dienstag, früh um 1,28 Meter, gegen um 1,30 Meter gestern früh.

X Vom Wetter. Seit Dienstag, früh waren 3 Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Mittwoch, 30. 12.: Von 7½ bis 8½ Uhr: Übungsstunde für Damen, von 8½ bis 9½ Uhr: Übung für Männer und Jugendliche für das Stützungsfest.

Donnerstag, 31. 12.: Ruderverein „Germania“: Silvesterfeier im Klublokal.

Donnerstag, 31. 12.: Ruderverein „Germania“: Silvesterfeier im Bootshaus.

Sonntag, 3. 1.: Gemischter Chor Posen: Weihnachtsfeier mit Kinderbeziehung.

* Górzno, 28. Dezember. Am vorletzten Sonnabend hielt die staatliche Oberförsterei Ruda einen Holztermin im Warmischen Saale ab. Das Angebot von Brennholz war größer als die Nachfrage. Infolgedessen konnte man das Holz meist für die Tage erhalten. Im Durchschnitt kosteten Birkenloben 7, Kiefernloben 6, Kiefern 5, Kiefer 4, Stangenloben 2 Zł der Raummetre.

□ Groß Hausland, Kr. Obornik, 28. Dezember. Bei einer Treibjagd wurde hier von 6 Schützen nicht ein einziger Hase geschossen. Bei der „Röfelfagd“ des Gastgebers herrschte darüber der reine Galgenhumor.

* Bruck, 28. Dezember. Hier gerieten am dritten Feiertage bei einer Tanzfestlichkeit infolge Eifersucht der Bedienten Jan Vincent und der Marinefeldat Franciszek Gwalcik in einen schweren Streit, wobei auch die Brüder des G. noch eingriffen. Im Verlaufe des Streites wurde Vincent von dem Marinefeldaten erschossen.

Wettervorausage für Mittwoch, 30. Dezember.

— Berlin, 29. Dezember. Weiterhin sehr mild, größtenteils trübe, regnerisch und windig.

Briefkasten der Schriftleitung.

Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einreichung der Bezugsscheinung unentgeltlich, über ohne Gewähr erteilt. Jede Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12–1½ Uhr.

W. M. in R. Die Ansicht des gegnerischen Prozeßwerters, daß Sie die beiden gewöhnlichen Darlehen voll aufzuwerten haben, ist irrtümlich. Der § 11 der von ihm angezogenen Aufwertungsverordnung befaßt ausdrücklich: „Forderungen aus Darlehen, die nicht auf Grundpfänden oder Hypotheken lasten und vor dem 1. Januar 1922 entstanden sind, werden auf 10 Prozent der berechneten Summe umgerechnet, sofern nicht wichtige Gründe ein Abgehen von diesem Umrechnungssatze rechtfertigen.“ Sie haben demnach nur den zehnten Teil, d. h. 76,80 Zł zurückzahlen.

Gleichen. Am 28. Dezember 1922: 100 000 poln. Mark = 55,55 Zł; am 7. Januar 1923: 100 000 M. = 25 Zł; am 6. Februar 1923: 200 000 M. = 29,41 Zł; am 4. Mai 1923: 500 000 Mark = 53,08 Zł. Eine Aufwertung dieser Beträge durch die genannten Kassen findet nicht statt.

W. M. in D. Um als sog. „Einzjähriger“ dienen zu können, genügt die Versetzung nach Obersekunda bzw. Unterprima nicht mehr, es ist vielmehr das Bestehen der Reifeprüfung erforderlich. In Zukunft bitten wir, die für unseren Briefkasten geltenden Bedingungen genau zu beachten.

W. M. in R. Wenn Ihre Rechnungen nicht ausdrücklich die Umrechnung nach dem Dollarsatze vorsehen, haben Sie nicht das Recht, eine solche Umrechnung ohne weiteres vorzunehmen.

L. B. 24. 1. 43,48 Zł. 2. 833,33 Zł.

E. Nr. 1. Sie haben nach Ihrer Abwanderung nach Deutschland als Reichsdeutscher dort Anspruch auf Renten. 2. Die Höhe der Rente können wir Ihnen nicht angeben, sie richtet sich hier wie dort nach der Höhe der von Ihnen geleisteten Beiträge. 3. Dem würde nichts im Wege stehen.

Spenden für die Altershilfe.

R. Bajow	50.—	Blot
R.	50.—	„
Wilhelm Lange, Gieratow	5.—	„
Emil Krüger, Kurzykowo	5.—	„
Vortrag aus Nr. 298	818.—	„
	928.—	Blot

Lodger Kinderhilfe.

R. Bajow	50.—	Blot
R.	50.—	„
Sawadzki, Kuslin	10.—	„
Siegmund	15.—	„
Günter	5.—	„
Reißer	5.—	„
E. Bruch	10.—	„
W. B. D.	15.—	„
Wilhelm Lange, Gieratow	10.—	„
Evangel. Pfarramt, Kobylin	16.—	„
Vortrag aus Nr. 298	1 780 20	„
	1 940 20	Blot

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postfachkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abchnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

„Posener Tageblatt“

(Posener Warte)

Tägliche Auflage

10 800 Stück.

Die Regierungskrise in Deutschland.

Reichszentralrat Luthers wird von seinem Erholungsurlaub am 7. Januar zurückkehren. Vorher dürfte Reichspräsident von Hindenburg weitere Schritte in der Frage der Neubildung der Reichsregierung nicht unternehmen. Reichsminister a. D. Koch hat heute eine kurze Reise angetreten, von der er am 2. Januar nach Berlin zurückkehren gedenkt. Reichszentralrat a. D. März wird erst am 9. Januar wieder in Berlin eintreffen. Am 10. Januar findet dann eine gemeinsame Tagung der Parteileitung und der Fraktionsvorstände des Zentrums statt, in der auch über neue Versuche zur Bildung der großen Koalition verhandelt werden soll. Die Aufstellung des Zentrums kommt in einem Artikel zum Ausdruck, den Ministerialdirektor a. D. Dr. Spiecker im „Berliner Vorläufer“ veröffentlicht und der mit folgendem Ergebnis schließt: „Wenn jetzt von sozialdemokratischer Seite die alte Weimarer Koalition als Lösung der Regierungskrise vorgeschlagen wird, kann dieser Vorschlag nur als unlogisch von uns abgelehnt werden. Verständlich und logisch wäre er gewesen, wenn das Zustandekommen der großen Koalition an der Deutschen Volkspartei gescheitert wäre. Unser Volk aber will jetzt endlich eine stabile Regierung, die nur die große Koalition bilden kann. Und darum muß sie noch einmal versucht werden. Der Demokratenführer Koch ist im Dezember als Kandidat nicht persönlich gescheitert; er muß im Januar seinen Versuch erneuern. Wer für unsere deutsche Republik ist, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, der darf sich dann nicht versagen. Die große Koalition muß auch in diesem Reichstage versucht werden.“

Auch in demokratischen Kreisen hält man es für notwendig, daß der Versuch, die große Koalition zu bilden, fortgesetzt wird.

Deutsches Reich.

Deutschlands Völkerbundsvertreter.

Der bevorstehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hat ein Rätselrauschen veranlaßt, wer der Vertreter Deutschlands im Völkerbundsrat sein wird. Man hat dabei verschiedene Namen genannt. Nach unserer Kenntnis sind das Kombinationen, die schon deswegen nicht zutreffen, weil die Reichsregierung gar nicht plant, einen ständigen Vertreter im Völkerbundsrat zu ernennen. Entsprechend der Gepflogenheit Englands und Frankreichs, die ihren Außenminister selbst entsenden, wird auch der deutsche Außenminister selbst zu den Ratssitzungen gehen. Nur in Ausnahmefällen könnte es möglich sein, daß ein Vertreter entsandt wird, der dann von Fall zu Fall bestimmt würde.

Ein Lastkahn mit 9000 Zentner Weizen gestrandet.

Der einer Reederlei in Halle gehörende Dampfer „L. K. 14“, auf dem 9000 Zentner Getreide verladen waren, ist bei Pettin (Halle) gestrandet. Infolge des Sturmes und der Verschiebung einer Boje durch den Eisgang hatte der Dampfer die Fahrtrichtung verloren. Man befürchtet, daß die Ladung verloren gehen kann, da bis jetzt nur etwa 1000 Zentner durch Umladen gerettet werden konnten.

Hochwasserkatastrophe in Siebenbürgen.

Der „Botanzenzer“ erhält aus Siebenbürgen die Meldung von einer großen Hochwasserkatastrophe. In der Gegend von Arad, Groß-Warden und Klausenburg soll das Hochwasser an vielen Stellen die Eisenbahndämme überschwemmen. Die Umgebung von Klausenburg steht vollständig unter Wasser. In der Umgebung von Tordau stehen sechs Fabriken unter Wasser, mehr als 80 Personen sollen dem Hochwasser zum Opfer gefallen sein.

Neue Regierungskrise in Frankreich.

Die Montagsblätter weisen auf die Bedeutung hin, die der französische Ministerrat für das Schicksal des Kabinetts haben wird. Es scheint auch in den Feiertagen nicht gelungen zu sein, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Finanzminister Doumer und seinen radikalen Ministerkollegen über die Erhebung der Umsatzsteuer beizulegen. Doumer hält an seiner Steuer fest und soll dabei die Unterstützung Briands finden. Der Finanzminister ist der Meinung, daß die direkten Steuern die höchste Ertragsfähigkeit erreicht haben, und daß nur durch indirekte Steuern das Defizit, das für 1928 von ihm auf 9 Milliarden Franc geschätzt wird, gedeckt werden kann. Nun hält der Minister die Umsatzsteuer, die bereits sehr gute Dienste geleistet hat, für die Steuer, die am schnellsten größere Erträge abwirft.

Über den Ausgang des Ministerrates stellt der „Recht Parisien“ heute drei Hypothesen auf: Entweder spricht der Ministerrat sich einstimmig für die Pläne Doumers aus. Dann läßt der Finanzminister diese vom Präsidenten der Republik gegenzeichnen und bringt sie einige Stunden später in der Kammer ein. Oder der Ministerrat billigt die Pläne nur in der Mehrheit. Doumer wird dann ebenso wie in dem ersten Falle vorgehen, falls nicht die in der Minorität gefestigten Minister ihre Demission einreichen. Dann wird aber wahrscheinlich Briand intervenieren und die Minister bitten, ihre Ämter weiterzuführen, bis sich die Finanzkommission über die Pläne ausgesprochen hat. Die Ministerkrisis würde dann bis zum Wiederaufammentritt des Parlaments im Januar verschoben werden. Oder aber die Mehrheit des Ministerrates lehnt die Finanzprojekte Doumers ab. In diesem Falle würde sich der Finanzminister genötigt sehen, seine Demission anzubieten. Es fragt sich dann, was Briand und diejenigen Minister machen werden, die für Doumer gestimmt haben. Auf jeden Fall ist auch bei dieser Hypothese eine Ministerkrisis unvermeidlich.

Weihnachtspredigten in England.

In den Predigten während der Festgottesdienste haben viele Geistliche des Baites von Locarno Erwähnung getan. Unter anderem der namhafte Dean Yonge von der St. Pauls-Kathedrale, der seine Gemeinde ermahnte, zu beten, daß Locarno der Anfang einer Besserung in vielen Dingen werde. Meist wurde der Wunsch ausgedrückt, daß es auch in der inneren Politik Großbritanniens, namentlich auf dem Gebiet der industriellen Kämpfe, bald ein Locarno geben möge. Auch in den Jahresrückblicken der Sonntagspresse, die im allgemeinen recht inhaltslos ausgefallen sind, wird der Bait einstimmig als das bedeutendste Ereignis bezeichnet. Im „Observer“ sagt Garbin, daß 1925 als das Jahr von Locarno in die Geschichte übergehen werde. Durch den Verzicht auf Elsaß-Lothringen habe das Deutsche Reich den historischen Schritt getan, die 1000jährige Fehde zwischen Teutonen und Galliern zu beenden. Damit sei auch die Gelegenheit gekommen, nach einer unheilvollen Entfremdung, welche länger als eine Generation gedauert habe, englisch-deutsche Freundschaft in fester Form wiederherzustellen. Auch die „Sunday Times“ finden, daß die Menschheit von dem abgelaufenen Jahr in der Hauptsache nur das eine große und entscheidende Ereignis von Locarno behalten werde. Kein anderes Ereignis des Jahres sei mit diesem Wunder zu vergleichen. Die Verträge, die am 1. Dezember in London unterzeichnet wurden, hätten dem Vertrag von Versailles eine Bürgschaft gegeben, die ihm bisher gefehlt habe. Sie hätten die Mächte verpflichtet, den Versailler Vertrag als die Grundlage des neuen Europas anzunehmen. Eben damit sei eine Abänderung dieses Vertrages, soweit sie sich als nötig erweisen werde, möglich geworden, ohne daß die Gefahr eines allgemeinen Konflikts dadurch gegeben wäre. Keine internationale Schwierigkeit sehr mehr unlösbar, wenn sie im Geiste von Locarno angefaßt werde. Beide Blätter unterstreichen jedoch, daß der Vertrag von Locarno so lange unvollständig sei, wie Rußland und die Türkei außerhalb seines Rahmens blieben.

Nur die Kanonen.

Lloyd George über die Türken.

Aus einem Aufsatz, den Lloyd George in der „Sunday News“ veröffentlicht, erfährt man, daß der liberale Führer, wenn er bei der Aussprache über Mosul am letzten Montag zugegen gewesen wäre, uneingeschränkt für die Regierung eingetreten wäre. Lloyd George zeigt sich in diesem Aufsatz den Türken genau so feindlich gesinnt wie zu der Zeit, wo er die Griechen offenkundig gegen sie unterstützte. Er sagt, daß die Zeiten längst vorbei seien, in denen die Türkei eine Rolle gespielt hätte. Heute sei sie nichts weiter als eine armelige Bauernrepublik auf dem dünnbesiedelten Hochland von Kleinasien. Er verziehe nicht, wie man eine Kriegsdrohung von der Junta, welche diese Republik regiere, behandeln könne, als wäre sie eine ernste Bedrohung für das größte Reich der Welt, das im Kriege so viele Mannschaften zu Wasser und zu Lande aufgestellt habe, wie die ganze Bevölkerung der Türkei ausmache, Frauen und Kinder einbegriffen. Der Trost, welchen dieser jämmerliche Torso eines einst mächtigen militärischen Reiches den europäischen Mächten zeige, würde komisch anmuten, wenn er nicht mit solchen Scheuchlichkeiten verbunden wäre. Aber trotz der Schandthaten, welche die Türkei begebe, gäbe es noch Liberale, die dafür eintreten, daß diesem unverbesserlichen Ungeheuer die Hand der Freundschaft gereicht werde, die nicht abgeneigt wären, ihm, nachdem es alle Christen vom Bosphorus bis zum Kaspijischen Meer getötet habe, die Mosulprovinz als freies Jagdgebiet zu überantworten. Die Tatsache, daß das Haupt der so viel geschmähten Koalitionsregierung (also Lloyd George selbst) die erbliche Überlieferung der liberalen Partei gegenüber den brutalen und unfähigen Türken hochgehalten habe, sei doch kein Grund dafür, daß die Liberalen heute diese Überlieferung über Bord werfen sollten. Nur ein krankhafter Sinn könne so urteilen. Er sei gewiß kein Anhänger der heutigen Regierung, aber er begrüße mit unerschütterlicher Genugtuung den Mut, mit welchem der Kolonialminister Amery die Mosulfrage in Genf verhandelt habe. Wäre er wachend geworden, dann wäre das Britische Reich zum Gespött aller seiner Feinde geworden, und der Osten würde das Märchen geglaubt haben, daß es mit Großbritannien zu Ende gehe. Es würde Großbritannien binnen kurzem viel mehr gekostet haben, sein Ansehen im Orient wiederherzustellen, als es jetzt kosten werde, sich in Mesopotamien durchzusetzen. Schließlich befand sich Lloyd George zu der Überzeugung, daß, nachdem jetzt die Entscheidung gefallen sei, das internationale Kapital sich dem Irak zuwenden und aus der Wüste wieder ein fruchtbares Land hervorzaubern werde. Zu wünschen wäre jedoch, daß die britische Presse nunmehr ihren Feldzug gegen die Regierung einstelle, damit die Türken nicht ermutigt würden, den Bluff so weit zu treiben, daß nur die Kanonen ihnen die gebührende Antwort geben könnten.

Der Krieg in China.

Vor neuen Konflikten.

Es ist abermals infolge von Verrat ein völliger Umschwung in der militärischen Lage in Nordchina eingetreten. Die Schluppe, die Kuo Sun-ling, der von dem Münchener Diktator Tschangtschun abgefallene General, nach bedeutenden Anfangserfolgen kürzlich erlitten hat, hat seinen Unterstützern Anlaß gegeben, nun ihrerseits Kuo Sun-ling zu verraten und sich wieder Tschangtschun zur Verfügung zu stellen. Kuo Sun-ling und sein Stabschef sind von seinen Soldaten gefangen genommen und auf höheren Befehl hingerichtet worden. Diese dramatische Wendung läßt neue schwere Kämpfe voraussehen. Kuo Sun-ling beherrschte ursprünglich den Meeresangriff von Schanghai, d. h. die Stelle, wo die von der Großen Mauer gekrönte feste Bergkette unmittelbar an das Meeresufer tritt. Die ganze Mandchurie und der Zugang zu der Provinz Tschili ist also abermals in Tschangtschuns Händen. Erst vor wenigen Tagen ist Tientsin, das äußerst hartnäckig von dem mit Tschangtschun verbundenen Gouverneur von Tschili verteidigt worden war, von Fong Yu-hsiang, dem sogenannten christlichen, mit radikalen Elementen verbundenen General, eingenommen worden. Es steht also nunmehr zu erwarten, daß Tschangtschun alsbald die Wiedereinnahme Tientsins versuchen wird, bevor sich Fong Yu-hsiang dort stärker festsetzen kann.

Peking droht demnach abermals Abschneldung von dem Meere. Dies erklärt, daß mit Hartnäckigkeit die tollsten Gerüchte umgehen. Es heißt einerseits, die interessierten Mächte wollten nunmehr mit bewaffneter Hand intervenieren und sich sowohl gegen den Militarismus (Tschangtschun) wie auch den Volksgewissismus (Fong Yu-hsiang) stellen. Andererseits wird behauptet die Japaner hätten bereits 20 000 Mann in Dainy (Dairen) gelandet und eine Flottille von Torpedobooten nach Tientsin in Vormarsch gesetzt. Diese Gerüchte erregen stärkste Beunruhigung, obwohl ihnen ihre erste jede Befestigung fehlt. Eine militärische Intervention der Mächte würde jedenfalls kein Akt höchster Staatsweisheit sein, denn sie würde, gleichgültig gegen wen sie gerichtet sei, die Volksnot entflammen. Andererseits zeigt aber der Überfall des Dampfers „Lungschow“ der China-Merchants-Linie durch Piraten auf offener See, wie unhaltbar die Zustände geworden sind.

London, 27. Dezember. (Europapress.) Nach Meldungen aus Tokio bestätigt es sich, daß General Kuo Sun-ling enthaupet worden ist. Sein Kopf wurde auf eine Länge gestekt und durch die Straßen von Nudien getragen. Die japanische Regierung hatte ihren Konsul in Nudien ersucht, die Beerdigung des Generals zu verlangen, das Gesuch traf aber zu spät ein. Die japanische Regierung hat ihre Truppen aus Nudien zurückgezogen und soll Tschangtschun erlaubt haben, Nudien wieder zu besetzen. Man erwartet jetzt wieder einen neuen Angriff Tschangtschuns gegen General Fong.

Aus anderen Ländern.

Die englisch-türkischen Beziehungen.

London, 29. Dezember. (N.) „Daily News“ schreibt: Antliche Kreise in London teilen nicht die Beforgnis, die in gewissen Blättern wegen der englisch-türkischen Beziehungen geäußert wurde. Es werde nicht angenommen, daß im Hinblick auf den bevorstehenden Beginn der englisch-türkischen Verhandlungen irgend ein übereilter Schritt der türkischen Regierung zu erwarten sei.

Verkannte Schießübungen.

In Woolwich bei London ereignete sich in der Nacht eine Explosion, die eine Meile weit im Umkreis gehört wurde. Da aber viele Menschen die Explosion für eines der Nachschießmanöver hielten, die in Woolwich so oft abgehalten werden, entstand keinerlei Panik. Glücklicherweise war auch niemand verletzt in den Werken beschäftigt, so daß keine Menschenleben zu beklagen sind. Fünfzehn Beschäftigte arbeiteten die Nacht hindurch und löschten das Feuer, nachdem eine Anzahl von Gebäuden, die Laboratorien enthielten, niedergebrannt waren. Offiziell wird erklärt, der Grund der Explosion sei unbekannt, doch heißt es, daß in dem Gebäude, wo der Brand ausbrach, Versuche mit verschiedenen Explosionsstoffen im Gange sind.

Schulungen als Geldschrankknacker.

In einer Vorstadt von London spielte sich ein Vorfall ab, der hier wiedergegeben zu werden verdient. In einer Nacht um 1 Uhr wurde ein Polizist durch die Klingel eines Möbelgeschäfts aufgeschreckt. Er mußte, was das bedeutet: Einbrecher im Hause. Vorsichtig schlich er hinein, vorsichtig, auf einen Kampf auf Tod und Leben gefaßt, näherte er sich einem Schließfach, der aus dem Bureau drang, ein Stöß gegen die Tür, ein Satz, und der Beamte stand vor den Einbrechern. „Hände hoch!“ Die Burschen

fuhren hoch. Tief versunken in ihre Aufgabe, den Geldschrank zu öffnen, hatten sie nichts von dem Nahen des Polizisten gemerkt, auch hatte der Mann ihrer Hammer und Meißeln jegliches Geräusch überhört; an den Händen trugen sie Gummihandschuhe, um keine Fingerabdrücke zu hinterlassen. Jetzt waren sie aufgesprungen — drei Schulkinder. Der eine war 9, der andere 10 und der dritte, der Anführer, 12 Jahre alt. Das Jugendgericht hat jetzt diese Kinder wegen versuchten schweren Einbruchs verurteilt, zu welcher Strafe ist nicht bekannt geworden.

Eigenartiger Eisenbahnunfall.

Auf der Eisenbahnstrecke Basel—Deisberg—Biel blieb ein Güterzug in einem 83 km langen Tunnel stecken. Die Nachforschungen haben ergeben, daß der Maschinenführer, Heizer und das gesamte Zugpersonal die Rauchschwaden, die sich in dem Tunnel entwickelten, bemerkt und bemerkt worden sein mußten. Dank der Geistesgegenwart des Personals ist ein schweres Unglück vermieden worden, da der Zug noch rechtzeitig zum Stehen gebracht wurde. Das ganze Personal ist nun wieder wohlauf.

Zu dem russisch-afghanischen Grenzzwischenfall.

London, 29. Dezember. (N.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: In Londoner diplomatischen Kreisen werde der Meldung von dem russisch-afghanischen Grenzzwischenfall keine große Bedeutung beigemessen. Es habe bereits lange vor der Besetzung Bucharas durch die Sowjettruppen zwischen Afghanistan und Buchara Streit wegen der Grenzlinien gegeben. Das gegenwärtige Ziel Sowjetrusslands sei wohl eher die „friedliche Durchdringung“ Afghanistans.

Bulgarien ohne Militärkontrolle.

Aus Sofia kommt die Meldung, daß die Vertreter der großen Entente der bulgarischen Regierung die Mitteilung gemacht haben, daß ab Januar oder Februar die Militärkontrolle über Bulgarien aufgehoben werden soll. Bulgarien muß sich allerdings verpflichten, bis dahin allen Verpflichtungen nachzukommen, die in dem Vertrag von Neuilly festgelegt sind. Man ist in der großen Entente geneigt, diese für Bulgarien gegen gewisse Bedingungen zu mildern.

Amerika und die Genfer Konferenz.

Washington, 29. Dezember. (N.) Während der Weihnachtsfeiertage sind hier vom amerikanischen Botschafter in Genf vollständige Informationen über die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf eingetroffen. Es bestehe wenig Wahrscheinlichkeit, daß irgend ein entscheidender Schritt getan werden wird, bevor Kellogg nach Neujahr aus seinem Heimort in Minnesota zurückgekehrt ist.

Dem Gedächtnis Wilsons.

London, 29. Dezember. (N.) Aus Newport wird gemeldet: Der Geburtstag des verstorbenen Präsidenten Wilson wurde gestern in 500 Städten Amerikas begangen. Die Postverwaltung hat anlässlich des Jahrestages eine neue 17 Cent-Wilson-Regierungsmarke herausgegeben.

Letzte Meldungen.

Reform des Völkerbundes.

Genf, 29. Dezember. (N. B.) Das Sekretariat des Völkerbundes ist jetzt mit der Organisation der Völkerbundsarbeiten beschäftigt. Die Reform wird die Verringerung der Zahl der Sessoren des Völkerbundes in Genf betreffen, die damit begründet wird, daß die häufigen Reisen der Staatsmänner nach Genf ihnen die Arbeit erschweren. Außer der Hauptversammlung der Völkerbundsversammlung einmal im Jahre werden die Sitzungen des Völkerbundsrates auf zwei- bis dreimal im Jahre beschränkt. Diese Reform wird besonders von Genesch unterstützt.

Hochwassernachrichten vom Rhein.

Koblenz, 29. Dezember. (N.) Die Pegelhöhe des Rheins in Koblenz betrug am 9 Uhr vormittags 6,67 Meter. Das Wasser steigt stündlich um 6 Zentimeter. Die Schiffsbrücke ist für den Verkehr gesperrt. Die Einstellung der Rheinschiffahrt wird erfolgen, wenn der hiesige Pegelstand 7,20 Meter erreicht hat. Der Kölner Pegelstand war um 10 Uhr vormittags 6,80 Meter. Das Wasser steigt weiter. Die Schiffsahrt ist hier bereits völlig eingestellt.

Herabsetzung der Dienstzeit in der belgischen Armee.

Brüssel, 29. Dezember. (N.) In der Kammer erklärte gestern der Minister für nationale Verteidigung, die Regierung werde die Herabsetzung der Dienstzeit für die Infanterie auf 10 und für die Kavallerie auf 12 Monate beantragen.

Entscheidung in Paris.

Heute findet in Paris die Sitzung des Ministerrates statt, die über den Rücktritt des Kabinetts Briand entscheiden soll. Die Kabinetts-Meinungsverschiedenheiten über die Finanzprojekte sind noch nicht ausgeglichen.

Nachführung der französischen Kammer.

Paris, 29. Dezember. (N.) Die Kammer, die gestern nachmittag die Besprechung des Budgets des Arbeitsministeriums begonnen hat, setzte sie in einer Nachführung fort. Die Sitzung dauerte um 5 Uhr morgens noch an.

Erklärungen Tewfik Ruchdi Beks.

Konstantinopel, 29. Dezember. (Habas.) Außenminister Tewfik Ruchdi Bey hat sich Pressevertretern gegenüber über seine Besprechungen mit Briand, Paschisch und Rintschisch äußern befreit. Seiner Ansicht nach könne der Beschluß des Völkerbundes in der Mosulfrage als eine Phase der Verhandlungen, die fortgesetzt würden, betrachtet werden.

Die Wirren in Syrien.

Paris, 29. Dezember. (N.) Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ berichtet aus Damaskus, der Hauptführer der Aufständischen, Hassan Charat, sei im Kampf gefallen. Nach den Erklärungen des Oberkommandos der Jowenel müssen die Aufständischen spätestens am 8. Januar ihre Waffen niederlegen.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Straz; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Straz; für den Angelegenheit: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“, Druck: Dr. Krummhorn Concordia Sp. A.G., sämtlich in Posen.

Unverzügliche Bestellung auf das

Posener Tageblatt

ist dringend anzuraten. Sollte die Bestellung etwa bisher noch nicht geschehen sein, bitten wir auf dem zuständigen Postamt zu beantragen, daß die ab 1. Januar erscheinenden Nrn. nachgeliefert werden.

Verlag des Posener Tageblattes.

Am 26. d. Mts. entließ ich in Karlsdorf-Berlin meine liebe gute Schwester

Frau Paula Brackelt,
geb. Sachse.

Dies zeigt allen ihren hier noch weilenden Bekannten tiefbetrübt an

Poznań, den 29. Dezember 1925
ul. Dąbrowskiego 5.

Martha Agnes Sachse.

Bestellschein:

Neu! Neu!

Unterzeichneter bestellt bei der Versandbuchhandlung der **Druckaria Concordia** Poznań, ul. Rzymska 6: 1. **Ed. Bergmann**, „Der Weg d. Reparation.“ Geb. Preis 15 Goldm.

Umrechnung in Ploz-Währung nach der 3. St. gültigen Buchhändler-Schließzahl.

Ort, Datum, Name (deutsch)

Postanstalt.

Gegr. 1845.

Leopold Goldenring

Seit Gründung unverändert im Familienbesitz

Stary Rynek 45 Poznań Tel. 2345 u. 3029

Ungarwein billiger!

Die ersten Transporte nach der Zollermässigung sind eingetroffen.

Bordeaux, weiß und rot, Deutsche Weine.
Rum — Arrac — Cognac.
Selbstgekelterte Obst- und Beerenweine.

Filialen in Breslau und Mad b. Tokaj.

Starke

Waldhasen
ohne Fell
Stück 5,75

Hasen Rücken Keulen Läufe

Silvester
Punsch-Essenz

Arrak, Rum, Kognak, Liköre empfiehlt

Josef Glowinski,
ul. Gwarna 19.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden zur

ordentl. Generalversammlung

in der Zuckerfabrik am Dienstag, dem 26. Januar 1926, vormittags 10 Uhr ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz, Erteilung der Decharge.
2. Festsetzung der Dividende.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Verschiedenes.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung nebst Geschäftsbericht liegen vom heutigen Tage an im Geschäftszimmer der Zuckerfabrik aus.

Vollmachten zur Generalversammlung von Besitzern von Namens-Aktien sind spätestens am 24. Januar 1926 an unseren Vorstand einzusenden.

Besitzer von Inhaber-Aktien sind zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt, wenn sie sich spätestens am 23. Januar 1926 zur Teilnahme angemeldet haben und sich in der Generalversammlung als Inhaber von Aktien legitimieren. Diese Legitimation erfolgt entweder durch Vorlegung der Aktien in der Generalversammlung selbst oder durch Niederlegung der Aktien spätestens am 23. Januar 1926 bei der Fabrik selbst oder bei einem Notar oder bei der Bank für Handel und Gewerbe, Poznań, der Bank Cukrownictwa, Poznań oder der Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego, Poznań.

Opalenica, den 4. Dezember 1925.

Cukrownia — Zuckerfabrik — Opalenica T. A.

Der Aufsichtsrat:
von Tempelhoff, Vorsitzender.

Dessert-Liköre
Branntwein & Rum
Arrak
Alle Auslandsweine

empfehlen

FR. PRZYBECKI
Poznań, ul. 3 Maja 3a :: Telefon 41-51
Probierstube. Weingroßhandl. Likörfabrik.

Geschäftsbücher
Briefordner
Schnellhefter
empfehlen

B. MANKE,
Poznań, ul. Wodna 5.
Papier- u. Schreibwaren.
Gegr. 1874.

Gute Pension für Schülerinnen zu haben bei Peter-John, Poznań, Wąg Janina III. Nr. 4.

Konditorei
und Kaffee
G. Erhorn
Poznań,
Fr. Ratajezaka 39.
Tel. 3228.

Landwirtschaftslehre, 27. Jahrgang, alt, evgl., sucht mit christlich gesinnter Dame (mit etwas Vermögen oder kl. Grundstück) **zwecks Heirat** bekannt zu werden.
Gefl. Briefe unter N. 2524 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Für das neue Geschäftsjahr:

Geschäftsbücher
aller Art
SONDERANFERTIGUNGEN
in kürzester Zeit und zu mässigen Preisen.

Papierdruck
POZNAN-AL. JE MARCINKOWSKIEGO O.
TELEFON 3293.

PAPIER, BÜRO-ARTIKEL, SCHREIBMASCHINEN
WERKSTÄTTEN FÜR BUCH- UND STEINDRUCK
BUCHBINDEEREI KONTOBÜCHER-FABRIK

Nutzholz-Verkauf.
Forstverwaltung Comnica,
Station Chrosznica, Strada Poznan—Zbajzyn stellt
zirka 1000 Festmeter gutes Schneideholz
vom diesj. Einschlag zu freihändigem Verkauf. Dasselbe
kommen **ca. 2000 Km. tieferne Aufrollen**
von ca. 10—20 cm stark zum Einschlag.
Befichtigung nach vorheriger Anmeldung.
Der Oberförster.

Wir kaufen
ständig per Kasse größere Posten
Kinder, Schweine und Schafe
zum Export.

Gefl. Offerten an:
GOY & FROMM — Doborniki
— Telefon 46. —

Reh- und Hirschgeweihe
großes einwandfreies Winter-Fischotterfell, starke, glatte, gesunde Pappeln-, Erlen-, Linden-, Alazien-, Eschen-, Kiefern-, Birken-, Buchen-Stammenden
sucht waggonweise zu kaufen.

Engelbrecht, Wielen, pow. Czarńków.

Zu Silvester und Neujahr

sind

Weine — Punsch-Essenzen —
Arrak — Rum — Kognak —
ff. Liköre usw.
sehr begehrte Artikel.

Hierauf bezügliche Anzeigen
haben besten Erfolg im
weitverbreiteten

Posener Tageblatt
(Posener Warte).

Spielplan des „Teatr Wielki“.

Dienstag,	den 29. 12.	„Die Puppe“.
Mittwoch,	den 30. 12.	„Der Evangelistmann“.
Donnerstag,	den 31. 12.	„Die Fledermaus“.
Freitag,	den 1. 1. 1926,	nachm. 3 Uhr: Mamfeli
Freitag,	den 1. 1. 1926,	abends 8 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit.
Sonntag,	den 2. 1.	Der Evangelistmann.
Sonntag,	den 3. 1.,	nachm. 3 Uhr: Die Jüdin.
Sonntag,	den 3. 1.,	abends 7 1/2 Uhr: Nitouche.
Montag,	den 4. 1.	Die Puppe.

Neujahrswunsch!

Suche für meine Nichte und für meinen Neffen, beide evangl. und poln. Staatsangehörige, aus größerer Landwirtschaft

passende Lebensgefährtin

mit Best- und Gelegenheitsarbeit, kennen zu lernen.
Gefällige Offerten unter N. 2517 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Richtet nicht über diesen Weg!

Den Sonnenmenschen mit Seelentrieb suche ich, der die große Gabe an das Leben fühlt. Seelengemeinschaft soll uns verbinden.

Suche Dame

in der Reife des Lebens, modern, ohne Gemütskur, evgl., aus ersten Kreisen. Ich biete eigene Position und Scholle, stehe in der Reife des Lebens, bin evgl., ledig.

Nur die Seele, die es fühlt, von der möchte ich hören.

Briefe unter N. 2523 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Für Hals-, Nasen- und Ohrenarzt gute

Instrumente

abzugeben. Offerten unter N. 2529 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wanzenausgasung.
— Dauer 6 Stunden —
Einzig wirksame Methode.
AMICUS, Kammerjäger,
Poznań, ul. Mateckiego 15 II.